

KLIMAWANDEL UND MENSCHENRECHTE

Vom 29. November bis zum 10. Dezember 2010 findet in Cancún, Mexiko, die UN-Klimakonferenz statt. Der letzte Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 schloss mit einem „Minimalkonsens“ - es konnte kein wirksames Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verabschiedet werden. Das Scheitern der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen offenbarte, dass bei vielen Teilnehmenden der politische Wille fehlte, entschiedene Schritte gegen eine weitere Verschärfung des Klimawandels zu unternehmen. In den Industrieländern wird suggeriert, dass die Klimakrise allein mit neuen Technologien, die zur Absenkung der CO₂-Werte beitragen sollen, in den Griff zu bekommen sei. Doch gerade durch die Implementierung solcher neuer Technologien werden auch in Mexiko immer häufiger die Menschenrechte bereits marginalisierter Bevölkerungsgruppen weiter verletzt: Neben der durch den Klimawandel bedingten Zerstörung ihrer Lebensgrundlage sind sie damit konfrontiert, dass ihre Ländereien für scheinbar nachhaltige Energieerzeugung durch Staudämme, Windparks und Monokulturen zur Produktion von Agro-Treibstoffen beansprucht werden.

Viele Prognosen gehen davon aus, dass der Klimawandel die Länder des Südens weitaus stärker treffen wird als jene des Nordens, gerade auch, weil diese über geringere Ressourcen verfügen, um die Folgen des Klimawandels durch Anpassungsmaßnahmen abzumildern. Extreme Wetterbedingungen wie schwere Stürme, Überschwemmungen und Dürreperioden treten schon heute

Wasserknappheit und Wüstenbildung gehören zu den Folgen. Das mexikanische Innenministerium schätzt, dass sich diese klimatischen Veränderungen in Mexiko auf ca. 40 Mio. Menschen auswirken werden, die vorwiegend der armen Bevölkerungsschicht angehören. Ihre Menschenrechte auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser und Wohnung, zu deren Einhaltung sich die Unterzeichnerstaaten in internationalen Vereinbarungen wie dem Pakt über zivile und politische Rechte (Artikel 6) und dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 11 und 12) sowie weiteren Menschenrechtskonventionen verpflichten, sind bedroht.

Großflächiger Waldverlust durch Abholzung führt zudem zur Absenkung des Grundwasserspiegels und erschwert damit nicht nur den Zugang zu Wasser, sondern auch die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln. Experten zufolge wird bis zum Jahr 2050 zwischen 13% und 27% der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzfläche vollständig verloren gehen. Diese Entwicklung ist ein drastisches Beispiel dafür, was in dem Bericht „Beziehung zwischen Klimawandel und Menschenrechten“ des UN-Menschenrechtsrates gemeint ist, wenn von den negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte die Rede ist.

Defender los bosques es defender la vida...



Rodolfo Montiel Flores & Teodoro Cabrera García / OCESP

in größerer zeitlicher und geografischer Dichte auf als noch im vorigen Jahrhundert. Massive Ernteausfälle, der Verlust an Biodiversität, Waldbrände,

Abholzung als Klimakiller

Mexiko ist das Land mit der zweithöchsten Entwaldungsrate in ganz Lateinamerika. Für den Zeitraum 1990-2000 ist ein jährlicher Verlust von 1.1% dokumentiert. Als kombinierter Effekt von Klimaveränderung und veränderter Landnutzung ist heute die Hälfte der Fläche Mexikos, fast 100 Millionen Hektar, von Bodendegradation oder Erosion betroffen.

In Anbetracht dieser Entwicklungen haben die Vereinten Nationen das REDD-Programm (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) entwickelt.¹ Es ist ein globales Programm zur Eindämmung des Waldverlusts, das jedoch von indigenen Organisationen äußerst kritisch betrachtet wird, weil im REDD-Programm die Rechte der lokalen Bevölkerung nur ungenügend Beachtung finden. So hat sich die Weltkonferenz der

Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde“, die vom 19. bis 22 April in Cochabamba, Bolivien, stattfand und an der 45.000 Vertreterinnen und Vertreter aus 136 Ländern teilnahmen, gegen das UN-REDD-Programm ausgesprochen und wird in Cancún einen Alternativvorschlag einbringen. Die mexikanische Regierung hingegen propagiert im Vorfeld des Klimagipfels von Cancún verstärkt ihre Beteiligung am REDD-Programm und will sich so für die Eindämmung des Waldverlustes einsetzen. Während die mexikanische Regierung somit international Anerkennung für ihre Klimapolitik sucht, werden in Mexiko jedoch Menschen verfolgt, die gegen Umweltzerstörung protestieren und sich für die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels einsetzen. Ganze Teile der mexikanischen Gesellschaft, die sich für die Garantie ihrer Menschen- und Umweltrechte einsetzen, sahen sich in den vergangenen Jahren zunehmend Bedrohungen und der Kriminalisierung ihrer Tätigkeiten ausgesetzt.

Wir greifen einen besonders gravierenden Fall exemplarisch heraus um zu veranschaulichen, wie konkret die Verfolgung von Umweltschützern aussieht und welche Ausmaße sie annimmt:



Widerstand gegen Abholzung und Umweltzerstörung -
Rodolfo Montiel Flores & Teodoro Cabrera García
von OCESP

Die beiden Umweltaktivisten wurden 1999 willkürlich festgenommen, gefoltert und fälschlich des illegalen Waffenbesitzes beschuldigt.² Erst nach zweijähriger Haft

im Jahr 2001 wurden sie - auch aufgrund internationaler Proteste - freigelassen; freigesprochen wurden sie bis heute jedoch nicht. Die Folter und willkürliche Inhaftierung durch Angehörige des Militärs wurden nie geahndet, und die Täter blieben straflos.

Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera waren Mitbegründer der Organisation OCESP (Organización de Campesinos Ecologistas de la Sierra de Petatlán y Coyuca de Catalán) und setzten sich für den Erhalt ihrer Wälder ein. Allein in der Zeit zwischen 1992 und 2000 verlor die Sierra de Petatlán und Coyuca de Catalán ca. 40% ihrer Waldfläche, das sind 86.000 Hektar. Entsprechende Abkommen zur Baumrodung waren zwischen dem damaligen Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Rubén Figueroa, mit der US-amerikanischen Firma „Boise Cascade“ abgeschlossen worden. Während Montiel und Cabrera wegen falscher Beschuldigungen inhaftiert waren, führten weitere Mitglieder der OCESP ihre Arbeit fort. Genau wie sie mussten auch Felipe Arreaga und Celsa Valdovinos im Jahr 2004 und Albertano Peñaloza Dominguez im Jahr 2005 Repressionen erleiden: auch Felipe Arreaga wurde willkürlich inhaftiert und zwei Kinder von Albertano Peñaloza Dominguez wurden ermordet.

Sie alle hatten gegen die illegale Abholzung von Wäldern in ihren Heimatregionen protestiert, die das Austrocknen der Flüsse und aufgrund des Wassermangels Missernten und Mindererträge nach sich zog. Als ihre

Petitionen und Proteste nicht fruchteten, gingen sie zu Wegblockaden über und erreichten schließlich, dass das Holzunternehmen die Region verließ.

Der Fall von Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera gelangte von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zum Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo Rodolfo Montiel am 26. August 2010 auftrat.



Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko nimmt diesen Fall zum Anlass, um folgende Forderungen geltend zu machen:

- ◆ die mexikanische Regierung wird aufgefordert, bei Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels insbesondere die Betroffenen zu konsultieren und diese Maßnahmen in einem partizipativen Prozess zu entwickeln.
- ◆ desweiteren wird die mexikanische Regierung aufgefordert sich auch im Inland an ihre international veröffentlichten Proklamationen zu halten und konsequent die Verfolgung und Bedrohung der Personen zu unterbinden, die sich für Menschen- und Umweltrechte engagieren.
- ◆ die deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko fordert die deutsche Regierung sowie deutsche und europäische Entscheidungsträger auf, die Klimaverhandlungen in Cancún erneut zum Anlass zu nehmen, die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards sowie die Umsetzung der Urteile des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte von der mexikanischen Regierung zu verlangen. Dazu gehört insbesondere die Strafverfolgung von Angehörigen des Militärs, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, durch zivile Gerichte.

„Der Protest gegen die Entwaldung greift die ökonomischen Vereinbarungen der lokalen Machthaber („Kaziken“) zur Abholzung an. Dies hatte die andauernde Verfolgung der Proteste der Ökobauern („Campesinos Ecologistas“) durch Polizei und Militär zur Folge. Die Ökobauern durchliefen alle institutionellen Ebenen, um sich gegen die Abholzung zu wehren. Auf ihre Anfragen erhielten sie keine Antworten – die Reaktion bestand aus Repression, Verfolgung und Festnahmen.“

Silvestre Pacheco, Umweltaktivist in Guerrero

Interview mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko 28.10.2008

1. <http://www2.ohchr.org/english/issues/climatechange/study.htm>.
2. <http://centroprodh.org.mx>.